

Lügen haben kurze Beine

Die dreißigjährige Entwicklung der DDR war begleitet von einer Flut von Lügen und Verleumdungen des imperialistischen Gegners. Eine kleine Auswahl spricht für sich:

Im Herbst 1949, unsere Republik war kaum gegründet, da verstiegen sich die „Ruhrnachrichten“ zu der Behauptung: „Diese sogenannte DDR... wird das Jahr 1950 kaum er-, geschweige denn überleben.“¹¹ Die Feinde der DDR wollten unserer Republik nicht einmal drei Monate geben, inzwischen existiert sie bereits drei Jahrzehnte.

Im Juli 1950 versuchte die damals in der BRD von der amerikanischen Besatzungsmacht herausgegebene „Neue Zeitung“ die Bedeutung des III. Parteitag der SED zu diffamieren, der mit dem ersten Fünfjahrplan zur langfristigen sozialistischen Wirtschaftsplanung überleitete. Sie schrieb: „Die Pläne für die weitere Entwicklung der Zonenwirtschaft sehen allerdings sehr gewaltig aus. Aber es sind eben nur Pläne, nichts weiter.“¹¹ Diese Pläne sahen unter anderem den Bau des Eisenhüttenkombinates Ost, der Großkokerei Lauchhammer, der Werften an der Ostseeküste vor. Jeder weiß, daß sie Wirklichkeit wurden, daß die Pläne in der DDR realisiert werden.

Im April 1955 wußte die „Berliner Morgenpost“ zu berichten: „Die Wahrheit aber ist, daß die SED für keine vierzehn Tage Nahrung in ihren Staatsreserven aufbewahrt und daß eine neue Erntekatastrophe auch die politische Katastrophe nach sich ziehen müßte, wenn bis dahin kein Wunder geschieht.“¹¹ Ein Wunder gab es nicht — aber auch keine Katastrophe: Die

Hektarerträge der DDR-Landwirtschaft stiegen, und auch die Viehbestände nahmen beträchtlich zu.

Anfang des Jahres 1958 log die Wochenzeitung „Die Zeit“: „Da die Produktion unter den Stand von 1950 abgesunken ist, befindet sich die Zonenwirtschaft in einer permanenten Krise.“¹¹ Tatsache aber war, daß sich die DDR in der Industrieproduktion auf den fünften Platz in Europa vorgeschoben hatte. Ende 1958 machte das gesellschaftliche Gesamtprodukt mehr als das Doppelte des Jahres 1950 aus.

Im September 1961 verbreitete das Wochenblatt „Christ und Welt“, offenbar in grenzenloser Wut über die Sicherungsmaßnahmen vom 13. August: „Wirtschaftlich wird 1961 in der Zone ein Katastrophenjahr.“¹¹ Die „Katastrophe“ nahm folgenden Verlauf: Das gesellschaftliche Gesamtprodukt stieg in diesem und im folgenden Jahr urrfjewils über fünf Milliarden Mark und 1963 sogar um mehr als 6,4 Milliarden Mark.

Ende des Jahres 1972 wußte es der Westberliner Sender „SFB“ ganz genau: „Die DDR geht Versorgungsschwierigkeiten auf dem Konsumgütersektor in einem Ausmaß entgegen, wie sie es jahrelang nicht mehr gekannt hat.“¹¹ Diese „jahrelang nicht gekannten Versorgungsschwierigkeiten“ sahen in Wirklichkeit so aus: 1973 stieg der Einzelhandelsumsatz bei stabilen Preisen gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Prozent. Im Mai 1976 behaupteten die „Stuttgarter Nachrichten“: „Unter dem Schutz des neuen SED-Schlagwortes von der untrennbaren Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wird die Einführung der 40-Stunden-Woche ins Ungewisse verschoben wie die Erhöhung der Mindestrenten.“¹¹ Drei Tage später platzte diese Weissagung wie eine Seifenblase, als der „Gemeinsame Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum von 1976—1980“¹¹ gefaßt wurde. (NW)

Leserbriefe

eine starke Agitationsgruppe. Der DFD-Vorstand hat durch seine Zehnergruppenleiter und Kassierinnen enge Verbindung zu den DFD-Mitgliedern. Der Wohnbezirksausschuß der Nationalen Front arbeitet über die Hausvertrauensleute, Hausobleute und andere gesellschaftliche Kräfte mit den Bürgern zusammen. Sie halten auch die ständige Verbindung zwischen Hausgemeinschaft und Wohnbezirksausschuß. Die Rückinformation erfolgt an den Wohnbezirksausschuß der Nationalen Front. Mit diesem Organisationssystem konnten in der Vergangenheit — aus-

gehend von der WPO-Leitung und unter ihrer Führung — alle gesellschaftlichen Aktivitäten über den Wohnbezirksausschuß abgestimmt und koordiniert bis in die Hausgemeinschaften getragen werden. Bewährt hat sich dabei gerade in der langfristigen Wahlvorbereitung die Methode der WPO-Leitung, über ihre Agitatoren Versammlungen aller Genossen in der Hausgemeinschaft zu organisieren und zuerst in diesem Kreise bestimmte Schwerpunkte sowie spezielle Aufgaben in der eigenen Hausgemeinschaft zu beraten und abzustimmen. Durch die dabei erzielte Bereitschaft zur

Mitarbeit und Entwicklung besonderer Initiativen in den einzelnen Hausgemeinschaften waren wir damals schon zur Gesamtmitgliederversammlung in der Lage, den größten Teil der erforderlichen Parteiaufträge auf dieser Grundlage zu erteilen. Maßgeblich für diesen Erfolg scheint uns zu sein, daß wir die Aufträge mit allen Genossen im Haus rechtzeitig beraten haben. So gab es fast zu allen wichtigen Problemen persönliche Bereitschaftserklärungen zur Übernahme betreffender Aufgaben.

Johannes Schediwy
Sekretär der WPO 59, Gera